Halbzeitbilanz der Thüringer Bundestagsgruppe in der 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages

DIE LINKE.

www.die-linke-thueringen.de

Seit der Bundestagswahl 2013 sitzen für DIE LINKE fünf Abgeordnete aus Thüringen im Bundestag, Sigrid Hupach und Martina Renner sind erstmalig mit dabei. Ralph Lenkert, Kersten Steinke und Frank Tempel wurden erneut in den Bundestag gewählt.

Mit dieser kleinen Broschüre möchten sie einen Überblick über ihre Arbeit geben und dabei auch Bilanz über die erste Hälfte der 18. Legislatur des Deutschen Bundestages ziehen.

Der Landesverband DIE LINKE. Thüringen bedankt sich bei den fünf Abgeordneten für ihre geleistete Arbeit, die stets vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünscht weiterhin gutes Gelingen.

Erfurt, Oktober 2015

Sigrid Hupach

Kulturpolitische Sprecherin

Wie im Flug vergingen die ersten zwei Jahre, viele neue und interessante Eindrücke und natürlich viel Lernen prägten meinen Weg. Nun ist es Zeit, zurückzublicken und Bilanz zu ziehen. Was haben wir uns vorgenommen, was haben wir gemacht und erreicht? Was ist noch zu tun?

An dieser Stelle möchte ich noch einmal Danke sagen an alle, die mir ihr Vertrauen geschenkt und mich unterstützt haben, den Delegierten auf dem Thüringer Landesparteitag im März 2013, den WahlkämpferInnen sowie allen UnterstützerInnen und natürlich den WählerInnen. Ebenso bedanke ich mich herzlich bei meinen MitarbeiterInnen sowie bei meinen FraktionskollegInnen und allen GenossInnen, die mir hilfreich zur Seite standen, so dass ich jetzt sagen kann: Ich bin angekommen, habe mich fachlich und parlamentarisch eingearbeitet und fühle mich auch menschlich wohl mit der neuen Aufgabe und Herausforderung.

Mein Themenfeld ist die Kulturpolitik und mein erstes Thema im Parlament waren die „Raubkunst“ bzw. die Provenienzforschung (Herkunftsforschung) und Restitutionsgesetzgebung, begründet durch den „Gurlitt-Fund“ im November 2013. Unsere Initiativen dazu begannen mit Kleinen Anfragen, Gesprächen mit Fachleuten und der Themensetzung im Kultur- und Medienausschuss. Sie endeten vorerst in einem von uns initiierten Fachgespräch mit ProvenienzforscherInnen, FachjuristInnen sowie VertreterInnen von Verbänden und Institutionen im Juni 2014. Nun steht der Gesetzentwurf bevor, so dass mich das Thema auch weiterhin begleiten wird.

Weitere Themen waren die Stabilisierung der Künstlersozialkasse, die soziale Lage von KünstlerInnen bzw. Kulturschaffenden insgesamt, dabei auch die Gleichstellung von Frauen und Männern im Kulturbetrieb. Dies war auch Thema einer Veranstaltung in der von mir initiierten Reihe „Kunst trifft Politik“.

Diese findet im Wechsel zwischen Berlin und Nordhausen statt – in Berlin gemeinsam mit AbgeordentenkollegInnen, in Thüringen gemeinsam mit Katja Mitteldorf, der kulturpolitischen Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag.

Kulturelle Bildung ist mir eine Herzensangelegenheit. Deshalb habe ich zusammen mit meiner Kollegin Dr. Rosemarie Hein, der bildungspolitischen Sprecherin unserer Fraktion, im Juni 2015 ein Fachgespräch zur kulturellen Bildung organisiert, in dem wir mit unseren Gästen die Situation und derzeitige Lage in den einzelnen Bundesländern diskutierten. Unter anderem kam die Evaluierung des Bundesprogramms „Kultur macht stark“ zur Sprache, das Pro und Contra sowie die Möglichkeiten und Grenzen von inner- und außerschulischer kultureller Bildung. Vorweg ging ein Kleine Anfrage an die Bundesregierung und bis Ende des Jahres wollen wir zu diesem Thema noch einen gemeinsamen Antrag erarbeiten.

Auch die Themen Kulturgutschutz, Filmförderung und Urheberrechtsreform stellen einen Schwerpunkt meiner Arbeit im Bundestag dar. Gerade erst haben wir mit einem Antrag einen Vorschlag unterbreitet, wie öffentliche Bibliotheken einfacher digitale Medien, wie z.B. E-Books, erwerben und dann auch verleihen könnten, ohne dass dies zu Lasten der AutorInnen geht.

Da die derzeit verhandelten Freihandelsabkommen TTIP, TISA und CETA auch die Kultur betreffen und unsere öffentlich geförderte Kulturlandschaft in Gefahr bringen würden, beschäftigte auch dieses Thema mich regelmäßig und wird es auch weiterhin tun. Diverse Veranstaltungen und Aktionen habe ich gemeinsam mit KollegInnen dazu mit initiiert. Ein Höhepunkt bildete die Großdemo am 10.10.2015 in Berlin, die von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis organisiert und getragen wurde.

Die Jahre 2014/2015 waren geprägt von mehreren Gedenk- und Jahrestagen, wie dem 70. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, dem Mauerfall u.a.; das Jahr 2014 vom Thüringer Landtagswahlkampf mit dem erfolgreichen Abschluss im Dezember, in dem Geschichte geschrieben wurde, mit dem ersten linken Ministerpräsidenten Bodo Ramelow. Weitere Jubiläen stehen an. Das Reformationsjubiläum 2017 und das Bauhausjubiläum 2019, welche beide gerade auch für Thüringen eine prägende Rolle spielen werden. Dazu wird es auch von mir verschiedene Veranstaltungen geben, für die ich gegenwärtig gemeinsam mit anderen AkteurInnen eigene Akzentsetzungen erarbeite.

Vorstellen möchte ich auch ein Projekt, welches ich zusammen mit meiner Mitarbeiterin Ilona Scharff in meinem Wahlkreis in Nordhausen gegründet habe. Es heißt „Zeitspender“ und sucht bzw. koordiniert Ehrenamtliche für Vorlesestunden in Pflege- und Seniorenheimen. Das Netzwerk, deren Sprecherin Ilona Scharff ist, hat mittlerweile 11 Mitglieder und besucht regelmäßig einige Senioreneinrichtungen in Nordhausen sowie ein Hospiz in Neustadt. Ein wenig Zeit spenden für menschliche Nähe und Zuwendung, Gespräche oder als LesepatIn ist die Idee dahinter. Wer Fragen zu diesem Projekt und zu allen anderen Aktivitäten hat, kann sich gern an mein Bundestagsbüro und an meine Wahlkreisbüros in Heiligenstadt und Nordhausen wenden. Vieles ist auch auf meiner Website nachzulesen.

Kontakt **www.sigrid-hupach.de**

Büro Heiligenstadt
Marktplatz 6/7
37308 Heilbad Hailigenstadt
fon: 03606/6099671
fax: 03606/6099672
sigrid.hupach.ma70@bundestag.de

Büro Nordhausen
Bahnhofstr. 15/16
99734 Nordhausen
fon: 03631/6516730
fax: 03631/6516731
sigrid.hupach.ma71@bundestag.de

Ralph Lenkert

Umweltpolitscher Sprecher und Sprecher für Forschungs- und Technologiepolitik

Als umweltpolitscher Sprecher und Sprecher für Forschungs- und Technologiepolitik unserer Bundestagsfraktion arbeite ich an zahlreichen verschiedenen Themen: gute Arbeit und Mitbestimmung in Wissenschaft und Forschung, Kreislaufwirtschaft, kommunale Abfall- und Abwasserwirtschaft, Gewässerschutz, Stromnetzausbau, Chemikalien, Biozide und Altlasten... Wie unsere Fraktion bekämpfe ich TTIP, CETA und andere Freihandelsabkommen. Die Verhinderung des weiteren Einsatzes des neuen Kältemittels R1234yf in PKW hat höchste Priorität für mich. Und ich beteilige mich am „PLAN B", dem Fraktionsprojekt für eine sozial-ökologische Alternative. Ich halte als Landesgruppensprecher der Bundestagsfraktion außerdem die Verbindung zu unserer Thüringer Landtagsfraktion und zur Landesregierung.

Auf die zurzeit wichtigsten Aufgaben möchte ich etwas näher eingehen.

Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler (bis zum Alter von 40 Jahren) werden häufig stärker ausgebeutet als ihre älteren Kolleginnen und Kollegen. 80 % des wissenschaftlichen Personals an Hochschulen und 60 % an Forschungseinrichtungen sind nur befristet eingestellt, bei der Hälfte ist die Vertragslaufzeit kürzer als ein Jahr. Es gibt Fälle von 24 und mehr Befristungen innerhalb von12 Jahren. Wie soll da eine Zukunftsplanung möglich sein? Weil SPD und Union nur ankündigten, legte unsere Fraktion im Mai 2015 den mit GEW und ver.di besprochenen Antrag für gute Arbeit in der Wissenschaft (DS 18/4804) vor, in dem vor allem ein neues Gesetz für Zeitverträge in der Wissenschaft gefordert wird. Selbst wenn unsere Forderungen nicht komplett durchkommen - längere Vertragslaufzeiten, abgesicherte Qualifizierungszeiten, Frauenquoten, geregelte Familienauszeiten und mehr Rechte für Betriebs- und Personalräte müssen durchgesetzt werden. Dank des Drucks der LINKEN wird es Verbesserungen geben.

Wichtig ist die Kontrolle der Verteilung von Forschungsgeldern, damit unser Land wegen seiner rot-rot-grünen Landesregierung nicht benachteiligt wird. Hier sind Hinweise aus Thüringen für mich unerlässlich!

Im Abwasser- und Abfallbereich laufen ständige Versuche, Gewinne zu privatisieren und Verluste allen in der Gesellschaft aufzubürden. Beispielsweise nimmt der Konzern K+S für seine Gewinne das Sterben allen Lebens in der Werra billigend in Kauf. Unsere Landtagsfraktionen in Hessen und Thüringen führen hier seit Jahren einen zermürbenden Kampf, den ich im Bundestag unterstütze, wo immer das möglich ist.

Beim Kreislaufwirtschaftsgesetz gelang es, die Kommunen zu stärken, beim Elektroaltgerätegesetz setzten sich leider private Gewinninteressen durch. Ich arbeite eng mit kommunalen und Umweltverbänden zusammen, damit Unternehmen Verantwortung übernehmen und die Kosten für Bürgerinnen und Bürger nicht explodieren.

Auch den Kampf gegen die geplanten großen Gleichstromtrassen unterstütze ich. Bei meiner Arbeit im Beirat der Bundesnetzagentur musste ich feststellen, dass diese Trassen überflüssig sind. Das geht aus den Daten zum Stromsystem eindeutig hervor. Der einzige Grund für den Bau der 500-kV-Gleichstrom-Trassen durch Deutschland und durch Thüringen ist, den unbegrenzten Stromhandel für Spekulanten innerhalb Deutschlands und bis nach Italien oder zum Balkan zu ermöglichen. In Thüringen, Bayern und Nordrhein-Westfalen habe ich Bürgerinitiativen zu den Trassenplänen informiert und Lösungsmöglichkeiten für eine dezentrale Energiewende vorgestellt.

Die geplanten Freihandelsabkommen zerstören die Demokratie und unterwerfen die Daseinsvorsorge der Profitlogik. In Thüringen, in Sachsen und Berlin habe ich deshalb zahlreiche Vorträge gehalten und an Diskussionen teilgenommen. Jede Unterschrift, jede Aktion für eine TTIP-freie Welt hilft. Der Plan, die Abkommen still und leise 2014 durchzuwinken, ist gescheitert. Trotzdem müssen wir weiterkämpfen, bis Demokratie und Menschenrechte dauerhaft über Profitwahn triumphieren.

Eine meiner Daueraufgaben bleibt die Aufklärung über das neue Kältemittel R1234yf, für dessen Verbot ich kämpfe. Ab 2017 dürfen neue PKW das bisherige Kältemittel für Klimaanlagen nicht mehr verwenden. Jetzt kommt R1234yf, weil die weltweit einzigen Hersteller Honeywell und Dupont Milliardenprofite machen und Autokonzerne Kosten für die Umrüstung ihrer PKW-Flotte sparen wollen.

R1234yf ist hochentzündlich – bei Fahrzeugbränden besteht durch Flusssäure und Carbonylfluorid Lebensgefahr. Hier kann nur Öffentlichkeitsarbeit weiterhelfen, um ein Verbot dieses Giftmittels zu erreichen. Ich bleibe dran, versprochen!

Neben den täglichen Problemen ist es wichtig, eine Alternative zur Markt- und Profitlogik zu entwickeln. Ich komme gerne zu Mitgliederversammlungen und Bürger_innengesprächen, um über unseren „Plan B" zu diskutieren, um gemeinsame linke Ideen für unsere sozial-ökologische, gerechte Gesellschaft zu entwickeln. Sprecht mich an!

Genauere und weitere Informationen über meine Arbeit findet Ihr / finden Sie auf meiner Homepage www.ralph-lenkert.de und bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Berlin, Jena, Gera und Stadtroda.

Kontakt **www.ralph-lenkert.de**

Büro Gera
Markt 12a
07545 Gera
fon: 0365/55 11 821
fax: 0365/55 11 822
ralph.lenkert.wk02@bundestag.de

Büro Hermsdorf
Naumburger Straße 8
07629 Hermsdorf
fon: 036601/21 96 83
mobil: 0162/8465402
fax: 036601/21 96 84
gleichmann@ralph-lenkert.de

Büro Jena
Markt 4
07743 Jena
fon: 03641/23 16 06
fax: 03641/23 16 07
ralph.lenkert.wk@bundestag.de

Martina Renner

Obfrau im NSA-Untersuchungsausschuss, Sprecherin für antifaschistische Politik

Dank Eures Vertrauens und des Vertrauens der Wählerinnen und Wähler, die sich bei der Bundestagswahl 2013 für DIE LINKE entschieden haben, vertrete ich seit der Konstituierung den Wahlkreis 192 – Ilm-Kreis und Gotha – im 18. Deutschen Bundestag.
Seit zwei Jahren vertrete ich nun linke Politik sowohl im Wahlkreis als auch in Berlin auf unterschiedlichen Ebenen.

Als ordentliches Mitglied im Innenausschuss des Deutschen Bundestages und als Sprecherin für antifaschistische Politik für die Fraktion DIE LINKE bearbeite ich eine große Bandbreite von Themen mit bundes- und landespolitischen Bezug, wie die aktuelle Flüchtlingspolitik und die Reaktionen von Polizei und Sicherheitsbehörden auf die Zunahme von neonazistischer Gewalt. Schwerpunkte meiner Tätigkeit im Innenausschuss sind dabei einerseits Versuche, die jeweiligen Verschärfungen durch die Große Koalition zu verhindern – wie aktuell im Fall des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes oder bei der Ausweitung der Kompetenzen des Bundesamtes für Verfassungsschutz und andererseits konkrete Alternativen durch eigene Gesetzesentwürfe und parlamentarische Initiativen greifbar zu machen. Diese vertrete und diskutiere ich auch bei zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen und Diskussionsrunden im Wahlkreis sowie im Bundesgebiet.

Mein besonderes Augenmerk gilt der Frage von neonazistischer und rassistischer Gewalt und der Reaktion der Sicherheitsbehörden auf die wachsende Anzahl neonazistischer Anschläge, dem Erstarken von AfD und Pegida und deren Schnittmengen mit der Neonazibewegung sowie den Konsequenzen aus dem Versagen von Behörden im NSU-Komplex und den damit zusammenhängenden offenen Fragen zum Handeln der Bundesbehörden. Als ehemalige Obfrau der LINKEN im Untersuchungsausschuss 15/1 des Thüringer Landtags ist für mich eine vollständige Aufklärung im NSU-Komplex nicht nur eine politische Notwendigkeit, sondern ein Herzensanliegen.

Gemeinsam mit Bundestags-Vizepräsidentin Petra Pau, der Obfrau der LINKEN im NSU-Untersuchungsausschuss des 17. Deutschen Bundestags, und in enger Zusammenarbeit mit Katharina König als Obfrau der LINKEN des Untersuchungsausschusses 5/1 und 6/1 des Thüringer Landtags habe ich in den vergangenen zwei Jahren mehr als 40 Kleine Anfragen sowie schriftliche und mündliche Fragen zum Thema NSU und Bundesbehörden gestellt, durch die deutlich geworden ist, in welchem Ausmaß besonders das Bundesamt für Verfassungsschutz dem ersten NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag Beweismaterial und Zeugen vorenthalten hat. Mitte Oktober 2015 haben nun alle Fraktionen im Bundestag die Einsetzung eines zweiten NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag beschlossen, die Einsetzung ist für November geplant.

Seit März 2014 vertrete ich die Fraktion DIE LINKE als Obfrau im NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestags, der sowohl das Ausmaß der Massenüberwachung durch den US-amerikanischen Auslandsgeheimdienst NSA als auch das Ausmaß der Zusammenarbeit zwischen BND und NSA untersuchen soll. Zu Beginn des Ausschusses schien es nahezu unmöglich, das Dickicht der illegalen und halblegalen Operationen durch NSA und BND sichtbar zu machen und dessen Ausmaß aufzuklären – noch dazu, weil die Bundesregierung und die Vertreter von CDU/CSU und SPD im NSA-Untersuchungsausschuss sich konsequent weigern, Edward Snowden in Berlin als Zeugen zu hören und das Bundesverfassungsgericht unsere Klage gegen diese Entscheidung abgewiesen hat. Doch nach eineinhalb Jahren hartnäckiger Arbeit ist es uns inzwischen gelungen, deutlich zu machen, dass der BND bei anlasslosen Massenüberwachungen der NSA keineswegs nur als „kleiner Bruder“ zur Seite steht und stand, sondern auch mit Hilfe eigener Projekte und Operationen längst die Grenze der Legalität überschritten hat. Als Obfrau der LINKEN geht es mir dabei nicht nur um den Schutz der Grundrechte für alle, sondern auch darum, die Frage nach politischer Kontrolle und Verantwortlichkeit im Bundeskanzleramt für das Handeln des BND in den Mittelpunkt zu stellen. Im September 2015 haben wir deshalb auch eine zweite Klage vor dem Bundesverfassungsgericht auf den Weg gebracht: In diesem Organstreit geht es materiell um die Frage, dass uns als Opposition, aber auch dem gesamten NSA-Untersuchungsausschuss, eine Einsichtnahme in die umstrittene NSA-Selektorenliste verweigert wird. Zentral an dieser Klage ist, dass wir letztendlich stellvertretend für das Recht aller Parlamentarier_innen klagen, Geheimdiensthandeln zu kontrollieren. Diese Frage steht auch im Mittelpunkt einer weiteren Klage, die wir gemeinsam mit den Grünen auf den Weg gebracht haben: Wir klagen vor dem Bundesverfassungsgericht wegen der Weigerung der Bundesregierung, uns als Abgeordnete auf eine von mir initiierte Kleine Anfrage zum Oktoberfestattentat über die Anzahl der neonazistischen V-Leute zu informieren, die dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem BND Informationen über die Wehrsportgruppe Hoffmann gegeben haben.

Aus meinen zahlreichen Gesprächen, Veranstaltungen und Besuchen im Wahlkreis nehme ich vor allem die Frage nach einer Politik, die soziale Gerechtigkeit und Teilhabe für alle in den Mittelpunkt stellt, mit in den Berliner Alltag. Besonders bewegen mich dabei aktuell die Rentenkürzungen für in der DDR geschiedene Frauen – aus der Rentenberatung in meinem Wahlkreisbüro in Gotha weiß ich sehr genau, wie wichtig auch sehr kleine Rentenerhöhungen für die Lebensqualität der Betroffenen sein können. Das gilt selbstverständlich auch für die Auswirkungen von Hartz IV.

Bei meinen Besuchen im Wahlkreis habe ich in den vergangenen zwei Jahren viele Flüchtlingsunterkünfte besucht und mit KommunalpolitikerInnen sowie ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern gesprochen. Ich weiß, wie schwierig es aktuell ist, für alle Flüchtlinge eine menschenwürdige Unterkunft zu finden und Integration möglich zu machen. Aber ich bin auch davon überzeugt, dass unsere linke Landesregierung bundesweit vorbildlich handelt: indem sie Menschlichkeit und das akut Machbare betont und damit demokratische Prinzipien verteidigt. Besonders ermutigend angesichts der oftmals erdrückenden Mehrheit der Großen Koalition ist für mich in den vergangenen Wochen das konsequente NEIN der von Bodo Ramelow geführten Koalitionsregierung im Bundesrat gegen das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz gewesen – viele Menschen haben mir bei Veranstaltungen gesagt, dass sie daran gemerkt haben, dass es noch eine linke Opposition gibt. Umso mehr möchte ich mich bei Euch für Euer Vertrauen bedanken, dass ich linke Oppositionsarbeit im Bundestag gestalten und vertreten kann.

Kontakt **www.martinarenner.de**

Büro Erfurt
Eugen-Richter-Str. 44
99085 Erfurt
fon: 0361/78928140
fax: 0361/78928141
martina.renner.ma04@bundestag.de

Büro Ilmenau
Topfmarkt 4
98693 Ilmenau
fon: 03677/4669360
fax: 0361/78928141
martina.renner.ma04@bundestag.de

Büro Gotha
Blumenbachstraße 5
99867 Gotha
fon: 03621/5128930
fax: 03621/5128931
martina.renner.ma03@bundestag.de

Kersten Steinke

Vorsitzende Petitionsausschuss

Anlaufpunkte im Wahlkreis sind natürlich in erster Linie meine Abgeordnetenbüros. Diese findet man in Bad Frankenhausen, Sondershausen, Apolda und Sömmerda. Von hier aus organisiere ich mit meinen MitarbeiterInnen meine Aktivitäten im Wahlkreis.

Wichtig für die Arbeit im Wahlkreis sind die vielfältigen Kontakte zu Vereinen, Verbänden und Einrichtungen. Manchmal bedarf es finanzieller Unterstützung, ein anderes Mal Hilfe in einer konkreten Problemlage. Dem Fußballverein in Bad Frankenhausen wurde der Gastank zerstört und die zuständige Firma schickt eine untbezahlbare Rechnung, das Bildungszentrum in Sondershausen steht beim Haushaltsausschuss des Bundestages auf der Schließungsliste, der Förderverein Integration in Apolda braucht Gelder, um für ein Projekt mit Asylbewerbern Lernmittel zu kaufen oder einer Rentnerin wurde bei Bauarbeiten ein Schaden am Haus zugefügt und sie will sich Rat holen, wie sie nun vorgehen kann – wenn es dann nicht weiter geht, klingelt im Büro das Telefon oder ich werde direkt auf der Straße angesprochen.
Aber auch im Alltag der Vereine bin ich eingebunden. Jedes Jahr im Frühjahr bin ich bei mehreren Jugendweihevereinen aktiv und halte jährlich bis zu acht Festreden bei den Feierstunden. In Bad Frankenhausen unterstütze ich regelmäßig die Tafel, helfe bei der Lebensmittelausgabe und unterstütze aktiv die Flüchtlingsbetreuung in meiner Heimatstadt. Bei der Stiftung „Lesen" bin ich Lesepatin und lese in Kindergärten, Schulen, Seniorenheimen oder wie erst letztens im Mehrgenerationenhaus in Kindelbrück den Kindern oder Senioren vor, um ihr Leseinteresse zu bestärken oder gerade vor Weihnachten ein wenig Freude zu bereiten.

Den Startschuss für ein Rennen beim Kyffhäuserberglauf in Bad Frankenhausen geben zu dürfen, ist dabei ebenso ein Erlebnis, wie der jährliche Bergmannsfamilientag Ende Juni in Sondershausen, das Streetballturnier am 01. Mai in Artern oder die Veranstaltungen unserer Kleingärtner, der Landsenioren, der Hörgeschädigten oder Sehbehinderten, von BRH und VdK.

Ich bin Mitglied der „Lagergemeinschaft Buchenwald-Mittelbau Dora", der VVN/BdA Thüringen, der Volkssolidarität, der Lebenshilfe e.V. und in zwei Jugendweihevereinen. An der Gemeinschaftsschule in Oldisleben bin ich Patin für das Projekt „Schule gegen Rassismus" und in Sondershausen Ehrenmitglied des Verbandes der Behinderten.

Wenn dann einmal im Jahr gemeinsam mit dem Kreisvorstand der LINKEN unser Neujahrsempfang stattfindet, trifft man fast alle zum gemütlichen Plausch wieder und man kann abseits der großen Probleme entspannt auf das vergangene Jahr schauen oder bereits schon wieder Pläne für das neue Jahr schmieden. Diese Pläne beziehen natürlich die Arbeit im Bundestag ein. Als Ausschussvorsitzende des Petitionsausschusses bin ich auf eine transparente, dem Bürger zugewandte Arbeit bedacht. Linke Zielvorstellungen von einem verbesserten Petitionsrecht mit mehr Öffentlichkeit und direkter Demokratie sind jedoch den politischen schwarz-roten Mehrheiten dabei immer ein Dorn im Auge.
Über 25.400 Bitten und Beschwerden wurden seit Beginn der Wahlperiode beim Bundestag eingereicht. Bürgerinnen und Bürger tragen mit hoher Aufmerksamkeit und Engagement den Abgeordneten ihre Probleme mit den Gesetzen des Bundestages vor, aber auch insbesondere zu den alltäglichen Problemen beim Jobcenter, mit der Krankenkasse, mit der Rente aber auch mit Asylverfahren, Verkehrsplanung, Atomkraft etc. Doch immer wieder wurden und werden Eingaben zum Renten- und Arbeitsrecht, zum Gesundheits- und Sozialwesen, zum Umwelt- und Tierschutz von der Koalitionsmehrheit der CDU/CSU/SPD gegen die Stimmen der LINKEN abgelehnt.

So konnten z.B. 2014 nur etwa 10 % aller Petitionen voll inhaltlich positiv beschieden werden. Weitere 6 % wurden an die Bundesregierung, die Bundesländer oder das EU-Parlament überwiesen. 47 % der Anliegen erledigten sich bereits durch Rat, Auskunft und Materialzusendung oder es ging um Meinungsäußerungen.

Von besonderem Interesse ist das digitale Petitionsangebot. Die Internetseite des Ausschusses – mit mehr als 1,9 Millionen registrierten Nutzern - ist das am meisten genutzte Internetangebot des Deutschen Bundestages. Allein 2014 haben sich 276.891 neue Nutzer angemeldet. Jedoch nur wenige Petitionen erreichen das hohe und von mir stetig kritisierte Quorum von 50.000 Unterschriften.

Seit Beginn der Wahlperiode wurden in 6 öffentlichen Sitzungen 16 Petitionen mit den Petenten und Vertretern der Bundesregierung öffentlich beraten. Themenschwerpunkte waren u.a.

- die Abschaffung der Sanktionen bei ALG II,
- eine wohnortnahe Hebammenversorgung,
- die Verhinderung des TTIP,
- eine Reform der Pflegeversicherung und
- der Verzicht auf Waffen- und Rüstungsexporte.

Der Petitionsgedanke im digitalen Zeitalter wird inzwischen in vielen Bundesländern und auch international angefragt. Bei Besuchen von Delegationen aus Albanien, China, Estland, Norwegen, Kongo, Aserbaidschan, der Mongolei und aus Staaten Lateinamerikas geht es zumeist um die Erfahrungen der Arbeit unseres Ausschusses und hier besonders um die elektronischen Petitionen.
Um genau diese Themen geht es auch, wenn sich jährlich auf meine Einladung hin alle linken Petitionsausschuss-Mitglieder aus den Landtagen, Bürgerschaften und des Bundestages – immerhin sind es 26 Abgeordnete – zum Erfahrungsaustausch treffen.

Die Verknüpfung der Arbeit im Wahlkreis und in Berlin bleibt dabei Herausforderung und Ansporn, denn nur mit den Erfahrungen aus der Arbeit vor Ort und der Arbeit als Petitionsausschussvorsitzende kann ich glaubhaft und wirkungsvoll im Sinne der Bürgerinnen und Bürger Politik gestalten.

Kontakt **www.kersten-steinke.de**

Büro Bad Frankenhausen
Erfurter-Straße 22
06567 Bad Frankenhausen
fon: 034671/55111
fax: 034671/55112
kersten.steinke.wk01@bundestag.de

Büro Apolda
Teichgasse 15/17
99510 Apolda
fon: 03644/5304420
fax: 03644/5304421
kersten.steinke.wk02@bundestag.de

Büro Sondershausen
Johann-Karl-Wezel-Straße 50
99706 Sondershausen
fon: 03632/618680
fax: 03632/755658
buero-sondershausen@kersten-steinke.de

Büro Sömmerda
Weißenseer Straße 6
99610 Sömmerda
fon: 03634/621367

Frank Tempel

Drogenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion

Die Tätigkeit als Abgeordneter gestaltet sich im Wesentlichen in drei Abschnitte. Die Arbeit basiert auf einem Team, dass gezielt zusammengestellt wurde, um konkrete Zielstellungen zu erreichen. Als Abgeordneter trage ich für dieses Team Verantwortung und möchte hiermit einen Zwischenbericht über die erste Hälfte meiner zweiten Legislatur geben.

Wahlkreis

Der Wahlkreis umfasst die beiden Kreisverbände Greiz und Altenburger Land. Beide Kreisverbände sind unterschiedlich strukturiert, was zum Teil unterschiedliche Schwerpunktsetzungen mit sich brachte. Während der Wahlkreismitarbeiter in Greiz in erster Linie die Zusammenarbeit mit dem Kreisverband organisieren sollte (der Wahlkreismitarbeiter ist inzwischen Vorsitzender des Kreisverbandes), wurde in Altenburg auf eine zusätzliche zweite Linie wert gelegt. Dabei ging es um die Verbindung von inhaltlicher Arbeit im Berliner Büro mit Multiplikatoren im Altenburger Land, insbesondere die Drogenpolitik und den Katastrophenschutz betreffend.

Um die Arbeit beider Kreisverbände zu unterstützen, wurde eine Veranstaltungsreihe „Frank Tempel im Gespräch mit..." installiert, in der Abgeordnete, Mitglieder des Parteivorstandes und weitere Experten zu konkreten Problemlagen eingeladen wurden. Das ermöglichte in Ronneburg, Altenburg, Meuselwitz, Greiz und auch Zeulenroda Veranstaltungen, die ein Spektrum vom bedingungslosen Grundeinkommen bis hin zum Konflikt in Syrien beleuchteten. Durch gezieltes Bewerben und Variieren des Veranstaltungsortes gelang es insbesondere in Ronneburg und Altenburg zahlreiche Bürger auch außerhalb des Parteispektrums anzusprechen und für die Veranstaltungen zu interessieren.

In beiden Kreisverbänden wurde als zweiter Schwerpunkt die Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Strukturen der Landkreise gesetzt. Auch hier entwickelte sich ein breites Feld, angefangen von Feuerwehr, THW bis zur Volkssolidarität und den Landsenioren. Es etablierten sich stabile Kontakte. Neben Veranstaltungen und thematischen Besucherfahrten zum Bundestag wurden zahlreiche Vereine unter anderem durch Geldmittel unterstützt.

Allein in Altenburg erfolgten in den letzten zwei Jahren 15 Scheckübergaben aus Mitteln des Fraktionsvereines und privaten Mitteln. Empfänger waren Jugendfeuerwehren und Selbsthilfevereine. Die Bildungsfahrt einer neunten Klasse nach Ausschwitz und ein Kinderfussballcamp konnten unterstützt werden.

Arbeit in der Fraktion

In der ersten Legislatur lag ein deutlicher Schwerpunkt im Themenfeld Drogenpolitik. Darauf baute nun die Arbeit in den letzten beiden Jahren gezielt auf. Neues Ziel war es nun, die gesellschaftliche Breite für die Akzeptanz unseres Ansatzes in der Drogenpolitik zu erhöhen. Kommunikation mit Organisationen wie der Dt. Hauptstelle für Suchtfragen, der Dt. Gesellschaft für Suchtmedizin, der Dt. AIDS – Hilfe oder dem Bund dt. Kriminalbeamter, aber auch regelmäßige Anträge und Anfragen im Bundestag wurden als Mittel gewählt. Mit den Grünen wurde ein Antrag zur Evaluierung des Drogenstrafrechts eingebracht, der auf einer Resolution beruhte, die die Hälfte aller Strafrechtsprofessoren in Deutschland unterzeichnet hat. In einer Anhörung des Gesundheitsausschusses wurde dieser Antrag durch 8 von 10 Experten befürwortet – also auch von Experten, die die Regierungsfraktionen eingeladen hatten. Erstmals erscheinen Änderungen in der deutschen Drogenpolitik wieder möglich.

Die Linksfraktion ist in dieser Legislatur Oppositionsführer, was eine spürbar neue Herausforderung ist. Mein Anspruch war es daher in Themenfeldern über die Drogenpolitik hinaus Akzente zu setzen. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei auf die mediale Sichtbarkeit gelegt, gilt es doch, für die Fraktion nicht nur gute Sacharbeit im Hintergrund zu leisten, sondern diese sichtbar für die Öffentlichkeit als linke Alternativen zur Regierungspolitik darzustellen.
Mit dem breiten innenpolitischen Feld der ersten Legislatur über Katastrophenschutz, Bundespolizei, öffentlicher Dienst und Gewaltphänomenen im Sport konnte ich in den letzten beiden Jahren als stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses noch deutlicher für die LINKE in Erscheinung treten.
Nicht ganz einfach gestaltete sich die Arbeit im zweiten Untersuchungsausschuss (Edathy). Aufgrund der Arbeitsbelastung in der Fraktion konnte kein zweiter Abgeordneter für die Arbeit im Ausschuss gewonnen werden und auch eine zusätzliche Referentenstelle wie im NSA Untersuchungsausschuss war lange Zeit nicht möglich. Diese Arbeit musste mein Team also lange ohne jegliche Unterstützung leisten. Trotzdem gelang es klare Akzente zu setzen, die auch ganz bewusst im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit sichtbar gemacht wurden. Dieser Untersuchungsausschuss steht kurz vor seinem Abschluss.
Neben einer deutlich erweiterten medialen Präsenz wurde der Arbeitsschwerpunkt zusätzlich auf weitere Vielfalt gelegt. Wir sind nun mal auf der einen Seite Oppositionsführer, auf der anderen Seite aber auch eine 9 % Fraktion.

Das heißt, ich gehe davon aus, dass ein bis zwei Themenfelder heute für einen Abgeordneten unserer Fraktion einfach zu wenig sind, obgleich viele Themen, wie auch die Drogenpolitik, allein völlig ausreichend Betätigungsmöglichkeiten bieten würden. So habe ich spartenübergreifend mit dem Rechtsausschuss weitere Themen wie Parteienfinanzierung (GREKO) und Korruption (Abgeordnetenbestechung) bearbeitet. Im Sportausschuss war ich mit den Themen Doping und Gewalt in Fußballstadien präsent.

Sprecher als Vertreter einer Bundestagsfraktion
Diese Aufgabe habe ich zu Beginn meiner Tätigkeit unterschätzt. Doch ein Bundestagsabgeordneter zu sein, heißt eben, das Thema, dass man für seine Fraktion vertritt, auch bundesweit sichtbar zu vertreten. So nehme ich regelmäßig an Veranstaltungen z.B. mit Grußworten und in Podiumsdiskussionen teil. Das passiert häufig bei Gewerkschaften, bei Katastrophenschutzveranstaltungen oder bei Kongressen zum öffentlichen Dienstrecht. In Zusammenarbeit mit dem Hauptpersonalrat der Bundespolizei besuchte ich bundesweit zahlreiche Dienststellen – auch solche, die einem Abgeordneten eigentlich nicht gezeigt werden sollten.
Die Drogenpolitik nimmt jedoch bei dieser Außentätigkeit weiter den größten Rahmen ein. Seit dem Erfurter Programmparteitag habe ich nun mehr als 150 Veranstaltungen in allen Bundesländern absolviert. Einladungen kommen dabei mittlerweile nicht mehr ausschließlich von Verbänden der LINKEN, sondern auch von anderen Organisationen und Verbänden.
Aufgrund der aktuellen Entwicklung im Land hat sich für mich als Innenpolitiker jedoch ein neuer Arbeitsschwerpunkt ergeben. Wenn viele Flüchtlinge ins Land kommen, stellen sich für uns zwei Fragen: Wo sind die Ursachen, und wie meistert unser Land diese Aufgabe? Die gravierend ausufernde Ausländerfeindlichkeit auch in Thüringen ist ein unerträgliches Phänomen. Mit der Eröffnung eines neuen Bürgerbüros in Altenburg im Sommer diesen Jahres habe ich meinem Team dieses Politikfeld als neuen Arbeitsschwerpunkt benannt. Gemeinsam mit vielen Menschen wollen wir der Ausländerfeindlichkeit Aufklärung und Humanismus entgegensetzen.

Kontakt **www.frank-tempel.de**

Büro Altenburg
Moritzstraße 4
04600 Altenburg
Telefon: 0 34 47/57 90 45
Telefax: 0 34 47/57 90 46
frank.tempel.ma04@bundestag.de

Büro Greiz
Carolinstraße 46
07973 Greiz
Telefon: 0 36 61/45 61 54
Telefax: 0 36 61/45 61 79
frank.tempel.wk01@bundestag.de

Herausgeber:
DIE LINKE. Thüringen
Eugen-Richter-Str. 44
99085 Erfurt

fon: 0361/6011130
fax: 0361/6011141
lgst@die-linke-thueringen.de

www.die-linke-thueringen.de

Redaktionsschluss 28.10.2015